

Minister Schneider: Armutsrisiko wächst / Junge Menschen besonders von Armut bedroht

Sozialbericht NRW 2012 vorgestellt

Düsseldorf, 05.09.2012

Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen teilt mit:

Mit dem Sozialbericht NRW 2012 hat Sozialminister Guntram Schneider in Düsseldorf neueste Zahlen zur Armuts- und Reichtumsverteilung in Nordrhein-Westfalen vorgestellt. „Die soziale Schere in unserem Land geht immer weiter auseinander, obwohl wir ein positives Wirtschaftswachstum haben“, betonte der Minister. Immer mehr Menschen gelten als einkommensarm. Neuester Trend, so Schneider: „Mittlerweile sind immer mehr junge Erwachsene betroffen, die prekär beschäftigt sind.“

Nach dem Bericht waren im Jahr 2011 rund 2,8 Millionen Menschen in NRW einkommensarm, unter ihnen 643.000 Jugendliche. Ein Jahr zuvor waren es rund 200.000 Menschen weniger. „Der Anstieg dieser sogenannten Armutsrisikoquote von 14,7 auf 15,8 Prozent liegt zwar im westdeutschen Trend, zeigt aber, dass immer mehr Menschen in unserem Land von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt werden und von Armut bedroht sind“, sagte Schneider. Als einkommensarm gelten Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung beträgt. Dieses lag 2011 bei 1.395 Euro; demnach gelten Personen in Einpersonenhaushalten als einkommensarm oder armutsgefährdet, wenn ihr Einkommen unter 833 Euro beträgt.

Ein weiteres Alarmzeichen ist für Minister Schneider der Anstieg der Niedriglohnquote. Diese lag in NRW Ende 2010 bei 20,4 Prozent, das heißt, jeder Fünfte arbeitete im Niedriglohnbereich. Ende 2000 lag die Quote noch bei 16,3 Prozent und ist damit innerhalb von zehn Jahren um mehr als vier Prozentpunkte gestiegen. „Dass besonders die jungen Menschen von Armut bedroht sind, zeigt sich auch daran, dass 2010 mehr als die Hälfte der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten unter 25 Jahren im Niedriglohnbereich arbeitete“, sagte der Minister.

Bezogen auf die aktuelle Rentendebatte sagte Schneider: „Wer Altersarmut bekämpfen will, darf nicht erst am Ende der Erwerbsbiografie ansetzen, wie Frau von der Leyen. Wer Altersarmut bekämpfen will, muss bei den ganz Jungen beginnen: Bei der Schule, die wir in NRW fit machen für eine klare Berufsorientierung, bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen der jungen Menschen.“ Ein gesetzlicher Mindestlohn müsse her, prekärer Beschäftigung wie Leiharbeit und Werkverträgen müsse ein deutlicher Riegel vorgeschoben werden, so der Minister. „Um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhöhen, brauchen wir eine klare Umverteilungspolitik: eine angemessene Vermögens- und Erbschaftssteuer und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, wenn wir die Armut in Deutschland ernsthaft bekämpfen wollen. Da muss der Bund jetzt ran“, sagte Schneider.

Der Sozialbericht NRW erscheint alle fünf Jahre. Der aktuelle Bericht umfasst mehr als 400 Seiten und steht im Internet zum Download zur Verfügung: www.mais.nrw.de